

Schulministerium startet Werbekampagne für Lehrkräfte

Attraktive Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung sind beste Werbung

Lehrer*innen werden dringend gesucht, aktuellen Prognosen zufolge noch auf lange Zeit. Mit der Werbekampagne „Schlau machen – Lehrer werden“ versucht das Schulministerium, den Mangel in den Griff zu bekommen und ein positives Lehrer*innenimage zu kreieren.

Die GEW NRW begrüßt, dass das NRW-Schulministerium eine nach Lehrämtern differenzierte Lehrer*innenbedarfsprognose vorgelegt hat, die das wahre Ausmaß des Lehrkräftemangels darstellt. Alleine an Grundschulen fehlen in den nächsten Jahren 3.400 Lehrkräfte, in der Spitze sogar 5.000. Die Bedarfsprognose soll nun jedes Jahr gemacht werden. Zudem unterstützt die Bildungsgewerkschaft die Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung, hält sie aber für begrenzt wirksam. Das beste Argument ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die sich insbesondere durch eine bessere Bezahlung ausdrückt.

„Die beste Werbekampagne für Lehrkräfte wird nicht viel bewirken, wenn nicht endlich mehr für die Attraktivität des Berufs getan wird. Das betrifft die Arbeitszeit, die Arbeitsbedingungen und eine bessere und gerechte Bezahlung. Die Landesregierung muss endlich ihre Wahlversprechen einlösen“, sagte die Vorsitzende der GEW NRW Dorothea Schäfer.

„So anspruchsvoll, herausfordernd und gesellschaftlich relevant der Lehrer*innenberuf ist, so wenig reizvoll ist er offenbar für viele junge Menschen, die vor einer Studien- und Berufswahlentscheidung stehen. Von diesen wollen wir die Besten für die Schule gewinnen und am besten dort, wo Bildung besonders Not tut. Aber wir wissen, dass heutzutage die Ansprüche an eine Balance zwischen beruflichen Herausforderungen und der Verwirklichung individueller oder sozialer Bedürfnisse gestiegen sind“, betonte die GEW-Landesvorsitzende. „Da wird es nicht ausreichen, in den sozialen Medien, mit Plakaten und Radiospots die positiven Aspekte eines wunderbaren Berufs herauszustellen.“ Die Schulen brauchten vielmehr weitere Ressourcen und Unterstützung beim Umgang mit den gesellschaftlichen Herausforderungen, wie die aktuelle Debatte über Straftaten und Gewaltphänomene zeige. Die GEW NRW fordere schon lange, Lehrkräfte bei der Inklusion und Integration besser zu entlasten und mit weniger Unterrichtsverpflichtung in kleineren Klassen zu unterrichten.

Berthold Paschert | Pressesprecher

berthold.paschert@gew-nrw.de | +49 1707319970

Essen, 18. April 2018

www.gew-nrw.de/presse